

Bekanntgabe

an den

Ausschuss für öffentliche Sicherheit und Ordnung

(Vorläufiger) Abschlussbericht der Arbeitsgruppe Sicherheit und Ordnung

In der Sitzung des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung am 07.11.2019 wurde die Einrichtung einer Arbeitsgruppe „Sicherheit und Ordnung“ mit Vertretern aus Politik und Verwaltung beschlossen. Aufgrund des Ablaufs der Legislaturperiode ergeht dieser (vorläufige) Abschlussbericht.

Neben den Vertretern der Verwaltung (1. StR Henning Konrad Otto und FBL Frank Kemmer) wurden folgende politische Vertreter von den Fraktionen bzw. Gruppen benannt:

CDU: Kathleen Radeck (Vertreter Sebastian Gut)

SPD: Dirk Zogbaum (Vertreter Hans-Jürgen Schünemann)

Bündnis 90/Die Grünen: Thomas Stein (Vertreter Wilfried Winkelmann)

Gruppe FDP/HWG: Petra Schadebrodt (Vertreter Mike Cohn)

Die Auftaktsitzung hat am 16.12.2019 stattgefunden. In dieser Sitzung wurde zunächst das allgemeine Ziel definiert, die Außendienstpräsenz im Vollzugsdienst zu erhöhen, um das Sicherheitsempfinden der Bürger zu steigern. Man war sich einig, dass dies vorrangig durch interne Aufgabenverlagerungen und Qualifizierung der vorhandenen Politessen geschehen soll. Da absehbar war, dass dies kurzfristig nicht umzusetzen ist, sollten daneben jedoch auch Alternativen wie privater Sicherheitsdienst und/oder Bürgerdienst/Bürgerstreife ins Auge gefasst werden. Insofern wurde von der Verwaltung in der Folge Infomaterial von den Städten Stade und Nordhorn eingeholt, wo bereits seit vielen Jahren „Bürger im Dienst“ im Einsatz sind und es wurde Ausschau nach geeigneten privaten Sicherheitsdiensten gehalten.

Eine zweite Sitzung hat am 05.03.2020 stattgefunden. Dabei wurde als langfristiger Lösungsansatz nochmals die Schaffung eines allg. Vollzugsdienstes, der allumfassend im Außendienst tätig ist, favorisiert. Dazu sollte den nicht entsprechend ausgebildeten Politessen angeboten werden, sich nebenberuflich ausbilden zu lassen. Daneben sollte als kurzfristige Maßnahmen die Beauftragung eines privaten Sicherheitsdienstes (entsprechende Mittel wurde im HH 2020 vorsorglich bereitgestellt) und auch der Einsatz einer Bürgerstreife sollte näher beleuchtet werden. Zu den letztgenannten, kurzfristigen

Ansätzen sollten die zwei grds. als geeignet erachtete Sicherheitsfirmen um ein konkretes Angebot gebeten werden und es sollte durch die Arbeitsgruppe eine Bereisung nach Stade erfolgen, um sich vor Ort über die dortigen Gegebenheiten zu informieren.

Den Ergebnissen dieser Sitzung folgend wurde mit den Politessen gesprochen. Von den vier nicht entsprechend ausgebildeten Kräften hatten zunächst zwei Kolleginnen Interesse an einer nebenberuflichen Ausbildung geäußert. Dieses Interesse bzw. die Bereitschaft wurde einige Monate später leider jedoch wieder zurückgezogen. Des Weiteren wurden eine Sicherheitsfirma aus Helmstedt und eine aus Braunschweig angeschrieben. Ergebnis war, dass die Helmstedter Firma aus organisatorischen Gründen eine Zusammenarbeit grds. abgelehnt hat. Die Braunschweiger Firma hatte dagegen Interesse bekundet und auch einen annehmbaren Preis benannt. Einzelheiten sollten jedoch einer späteren pers. Klärung vorbehalten bleiben. Die Kontaktaufnahme nach Stade ergab, dass man zum damaligen Zeitpunkt wegen der (beginnenden) Coronapandemie (verständlicherweise) keine Gäste empfangen könne.

Aufgrund der mit der Coronapandemie einhergehenden Beschränkungen öffentlichen Lebens war der Handlungsdruck in Sommermonaten 2020 nicht sehr stark und es haben entgegen der ursprünglichen Absicht auch keine AG-Sitzungen stattfinden können und müssen.

In einer Zeit der vorübergehenden Entspannung der Coronalage hat am 29.10.2020 die dritte Sitzung der Arbeitsgruppe stattgefunden. Darin wurde vereinbart, langfristig an der Bildung eines Pools von 6 – 7 Stellen „Allg. Ordnungsdienst“ festzuhalten und diesen nach und nach mit Ausscheiden der Politessen mit ausgebildeten Kräften „zu füllen“. Die Größenordnung 6 – 7 setzt aber auch voraus, dafür 1 – 2 zusätzliche Stellen zu schaffen. Verwaltungsseitig wurde angekündigt, eine Politessenstelle, die mit einer ausgebildeten Kraft besetzt ist, intern zu verlagern und eine weitere Stelle befristet zu besetzen, um hier zeitnah eine Verbesserung herbeizuführen. Aufgrund der nach wie vor andauernden Coronalage und der bevorstehenden Winterzeit wurde darüber hinaus keine akute Veranlassung gesehen, die Themen privater Sicherheitsdienst und Bürgerstreife zum damaligen Zeitpunkt intensiv zu verfolgen. Es wurde sich allerdings darauf verständigt, sich in Bezug auf eine evtl. Bürgerstreife vorrangig auf ehem. Polizeibeamte zu konzentrieren und es sollten für die Zeit „nach Corona“ im Doppel-HH 2021/2022 vorsorglich (aufgestockte) Mittel eingeplant werden, die alternativ bei Bedarf für einen privaten Sicherheitsdienst oder ehem. Polizeibeamte als 450 €-Kräfte eingesetzt werden können.

Aufgrund der sich wieder verschärfenden Coronalage hat in der Folgezeit über fast ein Jahr keine Sitzung stattgefunden. Es bestand aufgrund der coronabedingten Einschränkungen objektiv aber auch keine gesteigerte Veranlassung dazu. Dem Auftrag der AG folgend hat die Verwaltung aber in dieser Zeit versucht, über die Personalstelle der Polizeidirektion Braunschweig ehem. Polizeibeamte für eine Mitarbeit zu gewinnen. Das hat trotz intensiver Bemühungen leider nicht zum Erfolg geführt. Auch wurde im Frühjahr 2021, als sich eine langsame Entspannung der Coronalage abzeichnete, nochmals Kontakt zu den beiden Sicherheitsdiensten aufgenommen und erneut die Bereitschaft zu einer Zusammenarbeit abgefragt. Dabei hat sich die Helmstedter Firma wieder sehr schnell negativ geäußert. Das Braunschweiger Unternehmen hat trotz mehrfacher Erinnerung bisher nicht wieder reagiert. Es muss angenommen werden, dass auch sie kein Interesse (mehr) hat.

Am 01.09.2021 hat die abschließende Sitzung der AG stattgefunden. Neben der intensiven Diskussion über mehrere Einzelthemen (Problemen) zur Sicherheit und Ordnung der Innenstadt, denen letztlich nur mit einer erhöhten Präsenz (welcher Art auch immer) begegnet werden kann, wurde sich im Hinblick auf eine evtl. Bürgerstreife darauf verständigt,

den Fokus nicht mehr auf ehem. Polizeibeamte zu richten. Vielmehr soll der Versuch unternommen werden, im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung ehem. Vollzugskräfte der verschiedensten Fachrichtungen für eine Mitarbeit im Vollzugsaußendienst zu begeistern. Die Verwaltung wird dafür zeitnah eine entsprechende Stellenausschreibung vorbereiten. Ziel ist es, auf diesem Wege spätestens zur Frühjahr 2022 mind. zwei, besser vier 450 €-Kräfte einzustellen.

Mit Ablauf der aktuellen Wahlperiode endet die Arbeit der Arbeitsgruppe. Es bleibt abzuwarten, ob der neue Rat die Einrichtung einer Arbeitsgruppe zur Sicherheit und Ordnung in der Stadt Helmstedt für dienlich erachtet.

Um Kenntnisnahme wird gebeten.

In Vertretung

gez. Henning Konrad Otto

(Henning Konrad Otto)